

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 07.12.2023
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	22:00 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Petra Kärgel Bündnis 90 / Die Grünen

Mitglieder

Anja Lembach CDU Vertretung für: Torben Wunderlich

Christoph Matthiessen CDU

Hendrik Thomascheski CDU

Janik Schernikau CDU

Holger Craemer Bündnis 90 / Die Grünen

Bärbel Sandberg Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Dr. Ralf Sonntag

Wolfgang Rüdiger SPD

Gerrit Baars SPD

Manfred Schlund WSI

Jörg Hohner FDP

Stadtentwässerung

Christopher Seydewitz Werkleitung Stadtentwässerung

Umweltbeirat

Nicole Petersen Umweltbeirat

Jugendbeirat

Finn Justus Bödding Jugendbeirat

Seniorenbeirat

Klaus Sommer Seniorenbeirat

Verwaltung

Birgit Woywod Fachdienstleitung Bauverw. und Öffentl. Flächen

Eva Schlensock Fachdienstleitung Gebäudemanagement

Jürgen Brix Fachdienstleitung Ordnung und Einwohnerservice

Christiane Maylahn Leitstelle Umweltschutz

Annette Boettcher Fachdienst Bauverw. und Öffentl. Flächen

Mara Katharina Schlüter Protokollführung

Abwesend

Mitglieder

Dr. Ralf Sonntag Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Torben Wunderlich CDU entschuldigt

Gäste:

Herr Rein	Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Wedel	
Herr Jensen	Leiter des Bauhofes	
Herr Müller	Ing. Büro d+p dänekamp und partner	TOP 7.1
Herr Derendorf	Ing. Büro d+p dänekamp und partner	TOP 7.1
Herr Stockhusen	DLRG Wedel e.V.	TOP 7.4.2
Herr Wahl	DLRG Wedel e.V.	TOP 7.4.2
1 Einwohner*innen		
1 Vertreter*innen der örtlichen Presse		

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Sie erfragt den Bedarf nach Wortbeiträgen im voraussichtliche nichtöffentlichen Teil der Sitzung, um die Tagesordnung zu verkürzen. Die SPD-Fraktion meldet Bedarf an.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1	Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt hier: Sachstand und Präsentation vom 09.11.2023	MV/2023/082
2	Anfragen der Politik	
3	Sonstiges	
4	Einwohnerfragestunde	
4.1	Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen	
4.2	Aktuelle Fragen der Einwohner*innen	
5	Anhörung der Beiräte	
6	Bericht der Freiwilligen Feuerwehr	
7	Beschlussvorlagen	
7.1	Ausbau der Straße Breiter Weg - Entwurfsbeschluss (Bauprogramm)	BV/2023/140
7.2	Kommunen für biologische Vielfalt e.V. hier: Unterzeichnung der Deklaration und Beitritt zum Bündnis	BV/2023/157
7.3	Wirtschaftsplan 2024 der Stadtentwässerung Wedel	BV/2023/155
7.4	Haushalt	



- | | | |
|-------|--|--------------|
| 7.4.1 | Antrag der Fraktion Die Grünen: Zum HH-Entwurf 2024, Produkt 5610010 Umweltschutz | ANT/2023/026 |
| 7.4.2 | Zuschuss in Höhe von 50.000 zur Neubeschaffung eines Rettungsbootes der DLRG Wedel e.V. | BV/2023/156 |
| 7.4.3 | Haushaltssatzung 2024 | BV/2023/132 |
| 8 | Anträge der Politik | |
| 8.1 | Antrag der SPD-Fraktion: Barrierefreiheit in Allgemeinbildenden Schulen | ANT/2023/027 |
| 9 | Öffentliche Mitteilungen und Anfragen | |
| 9.1 | Stand der Durchführungen und Kostenentwicklungen wichtiger Hochbauprojekte sowie Außenanlagen. | MV/2023/100 |
| 9.2 | Schriftliche Rückmeldungen der Fraktionen
- Ausbau Tinsdaler Weg - | |
| 9.3 | Bericht der Verwaltung | |
| 9.4 | Sachstand Schulbau in Wedel | |
| 9.5 | Anfragen der Politik | |
| 10 | Sonstiges | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | |
|------|--|
| 11 | Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen |
| 11.1 | Nichtöffentlicher Bericht der Verwaltung |
| 11.2 | Nicht öffentliche Anfrage der Politik |
| 12 | Sonstiges |

Öffentlicher Teil

- | | |
|----|----------------------------------|
| 13 | Unterrichtung der Öffentlichkeit |
|----|----------------------------------|



Öffentlicher Teil

1 Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt

MV/2023/082

hier: Sachstand und Präsentation vom 09.11.2023

Frau Maylahn stellt den Zwischenstand Oktober 2023 der Strategie zum Schutz und zur Förderung der biologischen Vielfalt vor. Die Präsentation ist Anlage zum Protokoll, die Karte „Grünordnerische Festsetzungen“ wurde zum Antrag der Fraktion Die Grünen erstellt ANT/2020/005:

<https://www.wedel.sitzung-online.de/public/to020?TOLFDNR=1000475&SILFDNR=1000004>

Die SPD-Fraktion möchte zum Mühlenteich wissen, ob die Sandfänge gereinigt wurden und wie der Stand zur Entnahme der Teichrosen ist.

Frau Maylahn führt aus, dass der Auftrag zur Reinigung der Sandfänge bereits vergeben wurde. Sobald das Wetter offen ist werden die Arbeiten ausgeführt. Zu der Entnahme der Teichrosen lässt sie wissen, dass Angebote eingeholt wurden. Ein Auftrag konnte jedoch nicht vergeben werden, da die Angebote den Ansatz für das Jahr 2023 überstiegen haben. Es wird ein geänderter Ansatz für das Jahr 2024 eingeworben.

Zum Vortrag möchte die Fraktion Die Grünen wissen, wie hoch das Potenzial zur Renaturierung der Moore in Wedel ist.

Frau Maylahn erklärt, dass zunächst bodenkundliche Gutachten mit Kleinrammbohrungen in den betroffenen Gebieten vorgenommen werden. Anhand dieser Proben sollte ersichtlich sein, in welchen Gebieten die Renaturierung der Moore möglich ist. Hierzu führt sie weiter aus, dass die Renaturierung nur gemeinschaftlich mit den Landbesitzern vorangetrieben werden kann.

Die CDU-Fraktion stellt fest, dass es noch verfüllte Flächen im Autal gibt, die als Moor geführt werden. Sie möchte wissen, wie die geänderte Nutzung des Bodens einzuordnen ist. Frau Maylahn gibt an, dass Flächen im Autal verfüllt wurden. Von diesen geht jedoch keine Gefahrenlage aus und daher dürfen sie in ihrer Art bestehen bleiben.

Die Vorsitzende regt an die Bürger*innen mitzunehmen.

Anlage 1 TOP 1 231109_Strategie_biologische_Vielfalt

2 Anfragen der Politik

Die Fraktion Die Grünen bittet um Einblick in das Schadstoffgutachten der Gebrüder-Humboldt-Schule anlässlich des Wasserschadens.

Frau Schlensok nimmt die Bitte auf.

3 Sonstiges

Es werden keine Fragen gestellt.

4 Einwohnerfragestunde



4.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Aus der vorangegangenen Sitzung liegen Fragen zur Reduktion der Kinderspielplätze vor. Frau Woywod führt aus, dass keine Spielwerte ermittelt wurden. Stattdessen habe man sich mit dem Fachdienst Bildung, Kultur und Sport und dem Bauhof beraten. Vorwiegend wurde bei der Beurteilung die ermittelte Nutzung der Geräte und die Nähe zum nächsten Spielplatz berücksichtigt.

Der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss hat zu diesem Thema einen abweichenden Beschluss am 05.11.2023 gefasst, der einen Auftrag an die Verwaltung enthält.

4.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Es werden keine Fragen gestellt.

5 Anhörung der Beiräte

Der Umweltbeirat unterstützt die Beschlussvorlage - Kommunen für biologische Vielfalt e.V. / hier: Unterzeichnung der Deklaration und Beitritt zum Bündnis - (BV/2023/157).

Der Jugendbeirat berichtet, dass ein neuer Jugendbeirat gewählt wurde.

6 Bericht der Freiwilligen Feuerwehr

Herr Rein berichtet über den heutigen schweren Verkehrsunfall auf der B 431, auf Höhe des Krankenhauses. Ein Fahrzeug ist aus noch ungeklärter Ursache gegen einen Baum gefahren. Der Fahrer verstarb während des Rettungseinsatzes. Die Kameraden haben sich nach dem Einsatz in der Wache getroffen, um über das Geschehnis zu sprechen und somit einer posttraumatischen Belastungsstörung entgegenzuwirken. Eine Wiederholung des Treffens ist bereits geplant.

Aus der Jugendfeuerwehr berichtet Herr Rein, dass es keine Nachwuchssorgen gibt. Die Wehr erfreut sich großer Beliebtheit.

Die Drehleiter befindet sich weiterhin in der Werkstatt. Bis zur Fertigstellung werden die Einsätze durch ein Leihfahrzeug abgedeckt.

Weiter berichtet Herr Rein, dass der Kreis Pinneberg zusammen mit der Rettungsleitstelle die technische Einsatzleitung auf der Basis des Ehrenamtes einrichtet. Diese soll bei regional übergreifenden Unwettern das organisatorische Organ sein. Er selbst sieht diesen Schritt mit Bedenken, da die Aufgabe eine große Verantwortung birgt. Sollte zum Beispiel ein Deich brechen, muss die Leitung einen Einsatz für eine große Zeitspanne planen.

7 Beschlussvorlagen

7.1 Ausbau der Straße Breiter Weg - Entwurfsbeschluss (Bauprogramm)

BV/2023/140

Herr Müller vom Ingenieurbüro d+p dänekamp und partner stellt den Ausbau der Straße Breiter Weg anhand einer Präsentation vor. Ergänzend hierzu reicht er Mustersteine mit

großen Poren, sogenanntes Sickerpflaster, die die Versickerung des Regenwassers ermöglichen sollen.

Ergänzend führt Herr Derendorf, ebenfalls vom Ingenieurbüro d+p dänekamp und partner, aus, dass die Planung sich an verschiedene Richtlinien hält und dem damaligen Beschluss in zwei von drei Prioritäten folgt. Der Ausbau bringt für die verschiedenen Bedürfnisse der Nutzer*innen eine Verbesserung. So wird eine Barrierefreiheit für Geh- und Sehbehinderte Personen hergestellt, Schulkinder müssen weniger die Straße queren und der beidseitige Gehweg wird für die Radfahrenden freigegeben. Auch können die Radfahrenden die Straße nutzen.

Die Fraktion Die Grünen beanstandet die Abweichung vom ursprünglichen Beschluss aus dem Jahr 2020. Damals wurde beschlossen, dass keine Bäume gefällt werden sollen. Die nun vorgelegte Planung sieht vor, dass 41 Bäume für den Bau der Straßen weichen sollen. Es wird weiter kritisiert, dass kein Zwischenstand über die abweichende Planung ins Gremium gemeldet wurde. Die Fraktion Die Grünen geben zu bedenken, dass beim damaligen Beschluss der Variante 1 in 2020, der Erhalt der Bäume absolute Priorität besaß. Wegen des Baumerhalts wurde auf den eigentlich geforderten Ausbau von Radwegen verzichtet, der in den anderen möglichen Varianten hätte realisiert werden können.

Frau Boettcher zeigt Verständnis für die Kritik. Sie führt aus, dass im Beschluss die Vorgabe gegeben wurde, dass sowohl ein beidseitiger befestigter Gehweg geplant werden soll, wie auch der Erhalt des Baumbestandes. Im Verlauf der technisch fachlichen Planung stellt sich jedoch heraus, dass der Beschluss so nicht umzusetzen ist. Es ergab sich ein Konflikt zwischen dem Erhalt der Bäume und den beidseitigen Gehwegen. Anhand des Baumgutachtes ließ sich sicherstellen, dass nicht alle Bäume erhaltenswert sind. Diese würden durch Ersatzpflanzungen im Stadtgebiet, die zum Teil an der Straße stattfinden würden, kompensiert werden. Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich für die weiterhin bestehenden 100 Bäume eine Verbesserung (Belüftung, Bewässerung) ergeben würde.

Der Jugendbeirat hinterfragt, ob die Moorwegschule eine Stellungnahme abgegeben hat. Frau Boettcher berichtet, dass im Rahmen der TÖP-Befragung der Schule die Gelegenheit gegeben wurde. Diese Gelegenheit wurde von der Schule nicht wahrgenommen.

Die SPD-Fraktion bitten um Auskunft, wie dringlich die Baumaßnahme ist.

Frau Woywod erläutert, dass die Arbeitsgruppe Radwegebestandsnetz fünf Straßen priorisiert hat. Der Breite Weg wurde aufgrund des schmalen Gehweges auf den vierten Platz gesetzt. Zudem ist die Deckschicht der Straße aufgebrochen.

Herr Rein bemerkt, dass er aus Sicht der Feuerwehr keine Bedenken gegen den Ausbau hat.

Die SPD-Fraktion bittet um eine dreiminütige Pause.

Die Vorsitzende gibt der Bitte statt.

Herr Craemer verläßt den interfraktionellen Antrag der Fraktionen CDU, Die Grünen, SPD, WSI und FDP. Er fügt hinzu, dass die Beschlussvorlage nicht belastbar im Sinne des vorangegangenen politischen Beschlusses ist.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt die Vertagung des Beschlusses zur vorlegten Planung bis eine belastbare Planung entsprechend dem politischen Beschluss vom UBF am 06. Februar 2020 vorliegt.

Abstimmungsergebnis:



Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	11	0	0
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

Anlage 1 TOP 7.1 Projekt Breiter Weg Präsentation

7.2 Kommunen für biologische Vielfalt e.V.

hier: Unterzeichnung der Deklaration und Beitritt zum Bündnis

BV/2023/157

Die Beschlussfassung erfolgt ohne vorherige Aussprache.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ zu unterzeichnen und dem Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt e.V.“ beizutreten, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

9 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	9	1	0
CDU-Fraktion	3		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion		1	

Ein Mitglied der CDU-Fraktion ist zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

7.3 Wirtschaftsplan 2024 der Stadtentwässerung Wedel

BV/2023/155

Die Beschlussfassung erfolgt ohne vorherige Aussprache.

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss beschließt den Wirtschaftsplan 2024 der Stadt-entwässerung Wedel entsprechend den beigegeführten Zusammenstellungen und Einzelplänen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	11	0	0
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

7.4 Haushalt

7.4.1 Antrag der Fraktion Die Grünen: Zum HH-Entwurf 2024, Produkt 5610010 Umweltschutz

ANT/2023/026

Die Fraktion Die Grünen ergänzt den Antrag zum ersten Punkt, dass der Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen werden soll. Als Erklärung führt sie aus, dass die Beauftragung in 2024 nur dann erfolgen kann, wenn auf Bundesebene wieder Fördermittel im Produkt „Energetische Stadtsanierung - Zuschuss (432)“ freigegeben werden.

Die CDU-Fraktion stellt die Auszahlung von Zuschüssen im Jahr 2024 in Frage. Ihrer Ansicht nach soll das Geld nicht im Haushalt vorgehalten werden, um es so nicht unnötig zu blockieren.

Die SPD-Fraktion lehnt den Antrag in diesem Punkt ebenfalls ab.

Die Abstimmung des Antrags erfolgt gemäß dem Antrag in zwei Teilen.

Beschluss:

1. Der erste Punkt des Antrages wird ablehnt.
2. Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat den Ansatz 429300 (Mitgliedsbeiträge an Vereine, Verbände) für 2024 von 700 € auf 800 € zu erhöhen.

1. Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja / 8 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	3	8	0
CDU-Fraktion		4	

Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion		2	
WSI-Fraktion		1	
FDP-Fraktion		1	

2. Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

9 Ja / 2 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	9	2	0
CDU-Fraktion	3	1	
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	1	1	
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

7.4.2 Zuschuss in Höhe von 50.000 zur Neubeschaffung eines Rettungsbootes der DLRG Wedel e.V.

BV/2023/156

Herr Stockhusen und Herr Wahl führen gemeinschaftlich aus, dass die DLRG Wedel e.V. sich lediglich aus Spenden finanziert. Die Gemeinden Hetlingen und Haseldorf haben bereits einen Zuschuss im Haushaltsplan aufgenommen.

Sie erklären, dass das Einsatzgebiet sich von der Landesgrenze zur Freien und Hansestadt Hamburg elbabwärts an Wedel vorbei bis hin zum Dwar sloch bei Haseldorf erstreckt. Die erbrachten Hilfeleistungen setzen sich aus technischer Hilfeleistung bis zur Personensuche und deren Rettung zusammen. Es ist wichtig, schnell mit vielen Booten auf dem Wasser zu sein, da auf Grund der Strömung der Wasserstraße eine Suchkette gebildet werden muss. Der Anspruch an die Boote ist hoch, da sie sowohl den Bedürfnissen der geretteten Personen entsprechen müssen, wie auch der Sicherung der Einsatzkräfte.

Herr Rein ergänzt, dass es sich bei dem Einsatzgebiet der Freiwilligen Feuerwehr Wedel ähnlich verhält. Aus diesem Grund ergeben sich meist gemeinsame Einsätze, die auch im Winter geleistet werden müssen. Er unterstützt den Antrag der DLRG Wedel e.V.. Als Wunsch führt er aus, dass die Ausstattung der Boote sich besser ergänzen sollen.

Herr Stockhusen führt hierzu aus, dass die Leistungen des DLRG und der Feuerwehr vergleichbar sind, daher ist die Ausstattung der Boote teilweise überschneidend. Eine Abstimmung ist nur in bestimmten Teilen nötig.

Die SPD-Fraktion spricht ihre grundsätzliche Unterstützung zum Zuschuss aus. Allerdings soll der Zuschuss nur gezahlt werden, wenn andere Gemeinden im betroffenen Gebiet sich ebenfalls beteiligen.

Die WSI-Fraktion teilt mit, dass sie sich mit der Zustimmung schwertut und dies aus drei Gründen. Als erstes ist die Haushaltslage der eigenen Stadt zu berücksichtigen. Als zweites die Nichtbeteiligung des Kreises Pinneberg, der auf das Boot trotzdem Zugriff verübt und

als drittes die fehlende Kostenaufstellung. Sie beantragt die Vertagung der Beschlussfassung.

Die Fraktion Die Grünen hinterfragt, wie die Einsätze koordiniert werden.
Herr Rein führt aus, dass der DLRG sowie die Feuerwehr in der Rettungsleitstelle hinterlegt sind. Bei entsprechender Gefahrenlage werden beide benachrichtigt. Die Einsatzleitung hat die Feuerwehr in direkter Absprache mit dem DLRG.

Die Vorsitzende nimmt den Antrag der Vertagung auf. Sie bittet den DLRG Wedel e.V. um Aufschlüsselung der Kosten, sowie um Benennung der bereits zugesagten Zuschüsse. Der Beschluss soll dann in einem weiterführenden Gremium gefasst werden.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	11	0	0
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

7.4.3 Haushaltssatzung 2024

BV/2023/132

Die CDU-Fraktion stellt ihren Antrag bezüglich der Investitionsmaßnahmen am Johann-Rist-Gymnasium, der Albert-Schweitzer-Schule und des Förderzentrums vor und bittet die Verwaltung um Beantwortung der dazu gereichten Fragen.

Die Vorsitzende verweist auf die bereits vorliegende Antwort der Verwaltung und erklärt, für die Fraktion Die Grünen, die Ablehnung des Antrages.

Die SPD-Fraktion lehnt ebenfalls den Antrag ab.

Der Jugendbeirat spricht sich für die Erneuerung des Mittelstufenhofes des Johann-Rist-Gymnasium aus, da sich der Platz in einem schlechten Zustand befindet.

Abstimmungsergebnis:

abgelehnt (§ 39 Abs. 1 S. 3 GO: Bei Stimmengleichheit ist ein Antrag abgelehnt.)

5 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	5	5	1



CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen		3	
SPD-Fraktion		2	
WSI-Fraktion			1
FDP-Fraktion	1		

Die CDU-Fraktion stellt ihren Antrag zur Streichung der Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 300.000 € zur „Ersatzbeschaffung Kranwagen LKW“ vor.

Zum Antrag führt sie ergänzend aus, dass ein Fahrzeug dieser Kategorie auch nach der Abschreibung von acht Jahren erhaltenswert ist. Weiter stehen auf dem Markt auch gebrauchte Fahrzeuge zur Verfügung, die wohl ausschreibungsfrei angeschafft werden könnten. Die Schäden, laut dem TÜV-Bericht, sind reparabel und als üblich anzusehen.

Herr Jensen, Leiter des Bauhofes, führt aus, dass der Bauhof seine Fahrzeuginvestitionen auf sieben Jahre in einem Konzept im Voraus plant. Der LKW wurde letztes Jahr bewusst geschoben, um ein Fahrzeug für den Winterdienst - statt des Unimogs erwerben zu können. Zum LKW erklärt er, dass dieser eines der Hauptfahrzeuge des Bauhofes ist. Er nimmt den Kolleg*innen schwere Arbeiten ab und fördert somit die Arbeitssicherheit und die nachhaltige Gesundheit. Das Einsatzgebiet ist vielfältig und erstreckt sich über den Wegebau, den Hochwasserschutz zum Transport der Sandsäcke oder auch auf die Unterhaltung der Kinderspielplätze. Ohne den LKW können viele Arbeiten nicht ausgeführt und externe Firmen würden die Flexibilität und die Planungssicherheit stark einschränken.

In den vergangenen Jahren wurden bereits jährlich 5.000 € in Reparaturen investiert. Sollte der LKW über den TÜV gebracht werden, ist zu erwarten, dass nicht nur der Motor in Höhe von 20.000 € zu ersetzen ist, sondern auch weitere Teile ausgetauscht bzw. erneuert werden müssen, weshalb die finanzielle Last nicht endgültig benannt werden kann.

Zu den vorgeschlagenen gebrauchten Fahrzeugen äußert er, dass diese nicht geeignet sind. Die Maschinen bewegen schwere Lasten, die zum Verschleiß beitragen. Die KM-Leistung ist kein Bewertungskriterium.

Zur Alternativbeschaffung eines Anhängers mit Kran verweist er auf die entstehende Gesamtlänge des Gespanns. Diese Länge könnte sich im Stadtgebiet als Herausforderung entpuppen. Auch müsste stets ein weiteres Fahrzeug den Zug begleiten, um zum Beispiel die Materialien zu transportieren. Den Vergleich zum Einsatz im Forstgebiet lehnt er ab. Diese Kräne müssen vergleichsweise nur eine geringe Last bewegen und benötigen daher nur wenig Brücken zur Stabilisierung. Beim Verladen von Pflastersteinen muss die Standsicherheit unabdingbar gegeben sein, weshalb meist zwei Brücken gestellt werden müssen. Auch dieser Platz ist im Stadtgebiet nicht immer gegeben.

Die WSI-Fraktion möchte wissen, wie die Zeit ohne den LKW überbrückt wird.

Herr Jensen erklärt, dass einige Arbeiten nicht ausgeführt werden können. Wenn ein Fahrzeug ausgeschrieben werden kann, wird abgefragt, ob ein Vorführfahrzeug früher zur Verfügung gestellt werden kann. Die Auslieferungsfristen liegen geschätzt bei bis zu einem Jahr.

Das Gremium erbittet sich eine 1-minütige Unterbrechung zur Beratung.

Die Vorsitzende gibt der Bitte statt.

Die CDU-Fraktion zieht ihren Antrag auf Grund der Ausführung von Herrn Jensen, zurück.

Herr Baars von der SPD-Fraktion verliest die folgende Erklärung zum Teilergebnisplan Straßenreinigung der Haushaltssatzung 2024.

„Anlässlich unseres Änderungsantrages zur Straßenreinigungs- und Gebührensatzung (StruGS), den wir zur Sitzung am 14.09.2023 eingebracht hatten und über den in der Sit-

zung am 09.11.2023 abgestimmt wurde, haben wir am 09.11.2023 in einer mündlichen Erklärung darauf hingewiesen, dass die Zahlen der Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren laut Beschlussvorlage BV/2022/097, nicht zu den Zahlen des Teilergebnisplan 2024 der Straßenreinigung passen.

Sowohl bei den Erträgen, als auch bei den veranschlagten Kosten bzw. Aufwendungen sind Abweichungen im deutlich 6-stelligem Bereich zwischen der Beschlussvorlage BV/2022/097, die die Grundlage der Gebührenanhebung war bzw. ist und dem Teilergebnisplan der Straßenreinigung der Haushaltssatzung 2024 festzustellen.

Leider haben wir bisher weder Einsicht in die detaillierten Kalkulationsunterlagen nehmen können, noch haben wir eine nachvollziehbare Erklärung für die Abweichungen erhalten, noch wurde der Teilergebnisplan der Straßenreinigung im Rahmen der „Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2024“ angepasst.

Insbesondere letzter Punkt irritiert uns, da z.B. die Änderungen durch die Anhebung der Verwaltungsgebühren vom 28.09.2023 oder auch die Aktualisierung der Feuerwehrggebührensatzung sowie andere Gebührenanhebungen Berücksichtigung gefunden haben - die wesentlich länger bekannte Gebührenanhebung der Straßenreinigungsgebühren jedoch nicht.

Daher können wir nicht nachvollziehen, ob die Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren laut BV/2022/097 oder der Teilergebnisplan 2024 der Straßenreinigung fehlerhaft ist. Da es bei den Abweichungen nicht um Kleckerbeträge, sondern von möglicherweise Beträgen in Höhe von mehrere 100.000 € handelt, sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht in der Lage, der Haushaltssatzung zuzustimmen. Daher werden wir uns heute enthalten.

Wir bitten die Verwaltung, die in unseren Augen bestehenden Unstimmigkeiten bis zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11. Dezember 2023 aufzuklären und ggf. zu beheben.“

Beschluss:

Der Umwelt-, Bau- und Feuerwehrausschuss empfiehlt dem Rat, die Investitionen und Produkte in seiner Zuständigkeit zur Haushaltssatzung 2024, mit den vorgenommenen Änderungen (siehe Anlage zum Protokoll), zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

9 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	9	0	2
CDU-Fraktion	4		
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion			2
WSI-Fraktion	1		
FDP-Fraktion	1		

Anlage 1 ÄnderungHH2024_UBF Stand 2023 12 07

8.1 Antrag der SPD-Fraktion: Barrierefreiheit in Allgemeinbildenden Schulen

ANT/2023/027

Die SPD-Fraktion trägt den Beschlussvorschlag zum Antrag vor.

Die Vorsitzende macht auf die vorliegende Stellungnahme von Frau Dietrich, der Beauftragten für Menschen mit Behinderung der Stadt Wedel, aufmerksam.

Die CDU-Fraktion sieht den Antrag als gutgemeint an und wendet ein, dass die Schulleiter*innen nicht zum Bedarf gefragt wurden. Jede Schule hat bei Anmeldung eines behinderten Kindes eine Bedarfsprüfung vorzunehmen. Die Schulen agieren in dieser Angelegenheit selbstständig. Weiter wird ausgeführt, dass die meisten behinderten Kinder das abgestimmte Schulangebot in Hamburg wahrnehmen und es daher nur wenige Kinder in den öffentlichen Schulen gibt.

Der Jugendbeirat schließt sich der Ausführung der CDU-Fraktion an. Dazu wirft er die Frage auf, ob nicht andere Prioritäten zu setzen sind. So wäre beispielsweise das Mobiliar, die Technik oder auch die Heizungsanlagen bedürftiger.

Die Fraktion Die Grünen unterstützt den Antrag und stimmt der Stellungnahme von Frau Dietrich zu. Sie sieht es als selbstverständlich an, dass die Schulen selber über die Wahrnehmung des Angebotes entscheiden können und daher eine Ablehnung möglich ist. Die Barrierefreiheit ist eine wichtige Aufgabe und da durch den Antrag keine Kosten entstehen, ist er zu befürworten.

Frau Schlensok macht darauf aufmerksam, dass Folgekosten entstehen werden zum Beispiel durch Ersatz im Schadensfall. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Hausmeister*innen der Schulen eine zusätzliche Aufgabe erhalten.

Die SPD-Fraktion verteidigt ihren Antrag, in dem sie berichtet, dass bislang noch kein Schadensfall eingetreten ist. Die Ernst-Barlach-Schule stellt die Schilder mit Hilfe eines Druckers und der entsprechenden Software her.

Frau Schlensok erinnert, dass hierfür die entsprechende IT bereitgestellt werden muss sowie das Druckermaterial.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltung

	Ja	Nein	Enthaltungen
Gesamt	5	6	0
CDU-Fraktion		4	
Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen	3		
SPD-Fraktion	2		



WSI-Fraktion		1	
FDP-Fraktion		1	

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Stand der Durchführungen und Kostenentwicklungen wichtiger

MV/2023/100

Hochbauprojekte sowie Außenanlagen.

Aus Zeitmangel wird der Tagesordnungspunkt nicht behandelt.

9.2 Schriftliche Rückmeldungen der Fraktionen

- Ausbau Tinsdaler Weg -

Aus Zeitmangel wird der Tagesordnungspunkt nicht behandelt.

9.3 Bericht der Verwaltung

Aus Zeitmangel wird der Tagesordnungspunkt nicht behandelt.

9.4 Sachstand Schulbau in Wedel

Aus Zeitmangel wird der Tagesordnungspunkt nicht behandelt.

9.5 Anfragen der Politik

Aus Zeitmangel wird der Tagesordnungspunkt nicht behandelt.

10 Sonstiges

Aus Zeitmangel wird der Tagesordnungspunkt nicht behandelt.

Öffentlicher Teil

13 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Aus Zeitmangel wird der Tagesordnungspunkt nicht behandelt.

Vorsitz:

gez. Kärger

Petra Kärger

Protokollführung:

gez. Schlüter

Mara Katharina Schlüter

